

JAHRESBERICHT 2010



Das Wirtschaftsjahr 2010	4
Vernehmlassungen und Abstimmungen	8
Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden	15
Verbandsaktivitäten	17
Bericht der AHV-Ausgleichskasse für Gewerbe, Handel und Industrie in Graubünden/Glarus	20
Verbandsrechnung 2010	23
Revisorenbericht 2010	25
Verbandsorganisation 2010	27

DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2010

Gemeinsamer Bericht des Bündner Gewerbeverbandes, der Handelskammer und des Arbeitgeberverbandes Graubünden

DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2010 IN DER SCHWEIZ

Die Schweizer Wirtschaft verzeichnete 2010 ein die Erwartungen der meisten Prognostiker übertreffendes Wachstum von 2,6 %. Die massive Aufwertung des Frankens hat allerdings zunehmend bremsend auf die Exporte durchgeschlagen, während sich die Inlandkonjunktur recht robust zeigte. Das solide Wirtschaftswachstum gründet auf jenen Komponenten, welche die Schweiz bereits während der Krise 2009 stützten. Dies ist namentlich der private Konsum, der als Stütze der Konjunktur selbst im Krisenjahr 2009 um 1 % wuchs und im 2010 sogar um 1,7 % stieg. Auf hohem Niveau bewegte sich auch die Bauwirtschaft: Nach einem Plus von 3 % im 2009 betrug die Baukonjunktur letztes Jahr sogar 3,3 %. Gesamtschriftlich hat die Schweiz die Krise hinter sich gelassen – das BIP lag 2010 wieder über jenem von 2008. In der Europäischen Union stieg das BIP weniger hoch als in der Schweiz. Geschlagen wird sie allerdings von der europäischen Konjunkturlokomotive Deutschland. Das nördliche Nachbarland weist für das ganze Jahr 2010 ein BIP-Plus von 3,6 % aus. Als wichtigster Exportmarkt der

Schweiz (Industrie und Tourismus) ist eine florierende deutsche Wirtschaft aber auch einer der Faktoren, der nicht unwesentlich zum Wachstum der Schweizer Wirtschaft beiträgt. Die Arbeitslosenquote stieg zwar bis zum Januar 2010 auf 4,5 %, sank aber bis im Sommer wieder auf 3,4 % und lag am Jahresende bei 3,8 %. Weiterhin keine Gefahr ging von der Teuerungsfrent aus, da der Anstieg des Preisniveaus lediglich 0,7 % im Jahresdurchschnitt betrug.

DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2010 IN GRAUBÜNDEN

Von der sich erholenden Weltwirtschaft profitierte auch Graubünden, insbesondere die Bündner Exportwirtschaft. Dies zeigt sich auch in der rückläufigen Arbeitslosenquote von 1,9 %. Nach dem Einbruch der Bündner Ausfuhren im Vorjahr machte sich im Berichtsjahr eine beeindruckende Erholung bemerkbar; am deutlichsten in der chemischen Industrie. Auch die Sektoren Maschinenbau und Elektrotechnik konnten einen Grossteil der Umsatzverluste des Vorjahres wieder wettmachen. Die exportorientierten Firmen haben sich damit trotz des

starken Frankens sehr gut behauptet. Die meisten Firmen konnten die Kurzarbeit wieder aufheben oder sogar neue Arbeitsplätze schaffen. Der Sektor trug damit am stärksten zur Erholung des Bündner Arbeitsmarktes bei.

Von den 17 693 (16 409) erteilten **Arbeitsbewilligungen** für ausländische Arbeitskräfte entfielen 12 770 auf Kurzaufenthalter EU, 1460 Jahresaufenthalter EU, 3280 auf Grenzgänger, 108 auf Kurzaufenthalter Drittstaaten, 17 auf Jahresaufenthalter Drittstaaten und 58 auf selbstständig Erwerbstätige. Ferner wurden für maximal 90 Arbeitstage von Unternehmen in Graubünden 2814 und von ausländischen Betrieben 5845 Arbeitnehmer gemeldet.

Ende 2010 waren beim Amt für Berufsbildung 5977 (6072) **Lehrverträge** registriert. Im Berichtsjahr wurden 2004 (2095) Lehrverträge neu abgeschlossen, 485 wurden aufgelöst oder umgewandelt.

Im **Tourismusjahr** 2009/2010 waren bei rund 5,8 Mio. Übernachtungen eine Abnahme von 0,7 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Im langjährigen Vergleich liegt das Ergebnis immer noch leicht über dem Mittelwert

von 5,7 Mio. Übernachtungen. Gesamtschweizerisch nahmen die Hotelübernachtungen trotz Frankenstärke um 1,7 % zu. Davon profitiert haben vor allem die Regionen Zürich, Genfersee und Zentralschweiz, während der Rückgang im Wallis um 2,1 % deutlich über jenem in Graubünden lag. Dank einem höheren Anteil asiatischer Gäste erzielte das Berner Oberland eine Zunahme von 0,5 %. Etwa 50 % fallen in Graubünden auf Schweizer Gäste, die andere Hälfte vorwiegend auf Gäste aus dem Euroraum.

Die **Bergbahnen Graubünden** mussten in der Wintersaison 2009/2010 bei einem Gästerückgang von 5,2 % sowie schlechter Witterung und konjunkturellen Rahmenbedingungen ein Umsatzminus von lediglich 3 % hinnehmen, womit die Ergebnisse aber immer noch über dem Fünfjahresdurchschnitt liegen. Die Verkehrserträge der Sommersaison 2010, entsprechend 5 % der Gesamtverkehrserträge, bewegten sich rund 1 % unter dem Vorjahresniveau.

Die **Rhätische Bahn** steigerte die Verkehrserträge im Personenreiseverkehr um 3,5 % auf CHF 93,6 Mio. Beim Güterverkehr lag der Ertrag, vor allem wegen dem Rückgang in den Branchen Baumaterialien und Holz, mit CHF 19,1 Mio. 9,6 % unter dem Vorjahr. Der Verkehrsertrag im Autoreiseverkehr von CHF 13,7 Mio. entspricht den Vorjahresumsätzen. Das Finanzergebnis schliesst mit einem Verlust von CHF 0,97 Mio. negativ ab, dies primär aufgrund nicht

realisierter Währungsverluste bei Beschaffungen im Euroraum.

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich der konsolidierte Nettoumsatz der **Ems-Gruppe** in Schweizer Franken um 33,2 % auf CHF 1596 Mio., das Betriebsergebnis (EBIT) um 27 % auf CHF 282 Mio. Zum erfreulichen Ergebnis trugen das sehr gute konjunkturelle Umfeld, der Ausbau der Marktposition in Asien und die realisierten Neugeschäfte bei, während sich steigende Rohstoffkosten und der starke Schweizer Franken dämpfend auf die Ergebnismarge auswirkten.

Nach einem wirtschaftlich schwierigen Vorjahr als Folge der Finanzkrise konnte die in der Optosensorik tätige **CEDES AG** im Berichtsjahr wieder eine deutliche Umsatzsteigerung von 10 % gegenüber dem Vorjahr auf CHF 48 439 000.– erzielen, dies trotz des starken Schweizer Frankens. Währungsbereinigt wurde ein Wachstum von 15 % erzielt. Der EBIT der konsolidierten Erfolgsrechnung ist mit CHF 4 716 000.– ausgewiesen. Im Berichtsjahr wurde in neue Produkte und Dienstleistungen investiert, woraus nicht weniger als fünf neue Produktfamilien mit entsprechenden Patentanmeldungen hervorgegangen sind. Weltweit beschäftigt die CEDES-Gruppe 450 Mitarbeitende, davon 250 in Landquart, wo 38 Lernende in sechs Berufen ausgebildet werden.

Hamilton Bonaduz AG konnte den Vorjahresumsatz um 20 % übertreffen

und lag damit 22 % über Budget, **Hamilton Medical AG** erzielte eine Umsatzsteigerung von 23 %, womit das Budget um 36 % übertroffen wurde. Dank des starken Wachstums konnten 70 neue Stellen in Bonaduz geschaffen werden, vor allem in den Bereichen Forschung und Entwicklung sowie in der Produktion. Am Standort in Graubünden werden rund 670 Mitarbeitende mit 25 unterschiedlichen Nationalitäten an modernsten High-tech-Arbeitsplätzen beschäftigt.

Im hart umkämpften Mineralwassermarkt konnte die Allegra Passugger Mineralquellen AG mit ihren Traditionsmarken **ALLEGRA und PASSUGGER** im Berichtsjahr 10 % zulegen. Mit innovativen Ideen und disziplinierter Markenführung konnten die Marken in den vergangenen fünf Jahren in der Gastronomie und Hotellerie Graubündens einen Marktanteil von über 50 % erreichen.

Bei den Herstellern von **Trockenfleischprodukten** sind die Inlandverkäufe von Bündnerfleisch im Vergleich zum Vorjahr um rund 4,5 % zurückgegangen. Hingegen konnte die Menge des für die Exportmärkte bestimmten Bündnerfleisches trotz des hohen Frankenkurses markant um 31 % gesteigert werden. Die Gesamtproduktion von rund 2700 Tonnen wurde zu rund einem Drittel im Inland zu zwei Dritteln im Ausland verkauft.

Die **Frostag Food-Centrum AG** blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr

zurück und konnte sechs zusätzliche Stellen schaffen. Eine erfreuliche Umsatzsteigerung wurde mit regionalen Bündner Produkten erzielt, aber auch typisch italienische Pasta-Spezialitäten mit hauchdünnem Teig liegen stark im Trend.

Die **Graubündner Kantonalbank** ist im Geschäftsjahr 2010 überdurchschnittlich stark gewachsen. Die Hypotheken nahmen um 5,9% zu. Der Bruttogewinn sank infolge des Rückgangs des Handelsertrages und der Wertgewinne auf den Finanzanlagen um 7,1%. Beim Konzerngewinn wird eine Steigerung von 7,1% auf CHF 154,1 Mio. ausgewiesen. Vom guten Resultat profitierten Kanton und Investoren. Die Dividende wurde um CHF 3.– auf CHF 38 Mio. angehoben, die Ausschüttung an den Kanton Graubünden betrug über CHF 85 Mio.

Für die **Würth-Gruppe Schweiz** war das Jahr 2010 mit einem Wachstum von über 18% und einem Umsatz von über Euro 700 Mio. äusserst erfolgreich. Weltweit ist der Würth-Konzern mit einem um 14,8% auf Euro 8,6 Mrd. gestiegenen Umsatz und einem Betriebsergebnis von Euro 285 Mio. ebenfalls auf zweistelligem Wachstumskurs. Weltweit werden 62 433 Mitarbeiter und Mitarbeiter beschäftigt.

Nachdem sich die Auftragsrückgänge noch bis weit ins neue Jahr hineinziehen, haben die drei Grüscher **TRUMPF**

Unternehmen erstaunlich schnell aus der Krise gefunden. Dies ermöglichte zwar keine Beeinflussung des Umsatzes mehr, wohl aber eine volle Auslastung der Produktion und eine Aufstockung des Personalbestandes. Trotz Umsatzrückganges konnte dank energischer Massnahmen und massiver Kosteneinsparungen ein positives Ergebnis ausgewiesen werden.

Die **Freymatic AG** ist von der europäischen Rezession im Baugewerbe, von der Unsicherheit im Finanzbereich und insbesondere vom hohen Schweizer Franken arg gebeutelt worden. Trotzdem wurde in Entwicklungen investiert, welche auf grosses Interesse der Kundschaft stossen.

Die **Repower-Gruppe** schloss das Geschäftsjahr 2010 trotz schwierigem Marktumfeld mit einem sehr guten operativen Ergebnis ab. Das Ergebnis vor Finanzierung und Ertragssteuern konnte um 19% auf CHF 163 Mio. gesteigert werden. Der Jahresgewinn der Unternehmensgruppe sank um 28% auf CHF 80 Mio. und war von Witterungseinflüssen belastet. Der erfolgreiche Markteintritt in Rumänien und entscheidende Fortschritte bei grossen Projekten waren die Höhepunkte bei der Umsetzung der Unternehmensstrategie.

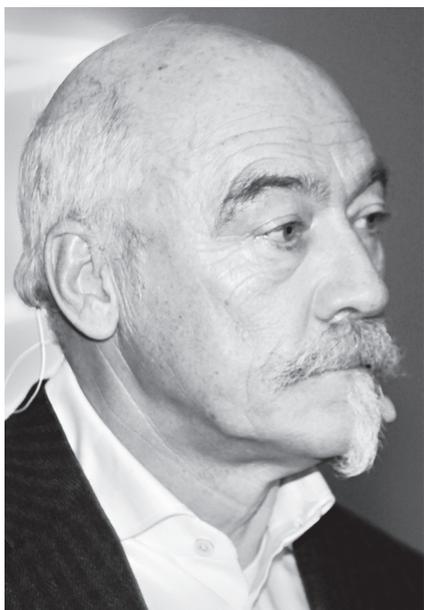
Die **ÖKK** blickt auf ein erfolgreiches Jahr zurück, alle Gesellschaften erzielten ein positives Ergebnis. Das Prämienvolumen stieg um CHF 43,3 Mio. beziehungsweise 9%. Der konsolidierte

Gewinn fiel mit CHF 10,7 Mio. um CHF 7 Mio. höher als im Vorjahr aus.

Der Bruttoertrag der **Südostschweiz-Gruppe** stieg gegenüber dem Vorjahr um 2% auf CHF 135 Mio. Der Gewinn (EBITDA) erhöhte sich um 12% auf CHF 8,3 Mio. Der Unternehmenserfolg nach Steuern betrug CHF 3 Mio. gegenüber einem Minus von CHF 100 000.– im Vorjahr.

Wegen der Schliessung des Grosssägewerkes Mayr-Melnhof Swiss Timber AG fehlte der **Axpo Tegra AG** nicht nur die Rinde als Rohstoff für die Verbrennung, sondern ist mit dem Sägewerk auch ein Wärmeabnehmer entfallen. Deswegen und um die KEV-Bedingungen zu erfüllen, musste die Strom- und Wärmeproduktion gesenkt werden. Da diese KEV-Bedingungen jedes zweite Jahr nur zu 80% erfüllt werden müssen, kam Axpo Tegra AG 2010 mit einem blauen Auge davon. Für das nächste Jahr müssen die KEV-Bedingungen wieder gänzlich erfüllt werden, wozu entweder neue Wärmeabnehmer gefunden oder ein grosser Block abgestellt werden muss.

Bei **Heineken Switzerland AG** war das Geschäftsjahr geprägt durch die Integration der Brauerei Eichhof, womit die Stellung als Nummer 2 im Biermarkt gefestigt wurde. Trotz des nicht einfachen Umfeldes – Tourismusentwicklung, Entwicklung in den Tal-schaften – konnten Marktanteil und Volumen trotz Preisdruck und Konkurrenzdruck im Detailhandel erfreuli-



cherweise auf Vorjahresniveau gehalten werden.

Die rasche Erholung der Konjunktur hat bei der **Bündner Bauwirtschaft** zu einem besseren Auftragsvolumen geführt als noch zu Beginn des Jahres erwartet. Eine merkliche Umsatzzunahme war im Hochbau mit einem Umsatz von CHF 444,7 Mio. (361,3) zu verzeichnen, während der Tiefbau mit CHF 442,3 Mio (493,8) rückläufig war.



Im **Bündner Handel** ist die Wertschöpfung dank des robusten Arbeitsmarktes und der positiven Konjunkturaussichten zwar leicht angestiegen. Im Vergleich zum schweizerischen Wachstum von 2,8% entwickelte sich der Handel mit rund 1% jedoch deutlich weniger dynamisch. Besonders unter Druck stand dabei das Autogewerbe. Die Bündner Garagisten leiden zusehends unter sinkenden Margen im Autohandel.

Die **Weinernte** 2010 betrug 23 392 Hektoliter und lag damit 3% über dem zehnjährigen Mittel. Der Blauburgunder erreichte mit 94 Grad Öchsle einen unerwartet hohen Wert.

VERNEHMLASSUNGEN UND ABSTIMMUNGEN

Die folgenden Stellungnahmen der Handelskammer sind – in der Regel zusammen mit dem Bündner Gewerbeverband und hotelleriesuisse Graubünden – entweder im Rahmen der offiziellen Vernehmlassungsverfahren der kantonalen und eidgenössischen Behörden oder später im laufenden Gesetzgebungsprozess abgegeben worden. Einzelne Vorlagen wurden auf dem Korrespondenzweg und in persönlichen Gesprächen behandelt. Sie finden die Vernehmlassungen im vollen Wortlaut auf unserer Homepage (www.hkgr.ch/Mitteilungen/Vernehmlassungen).

VERNEHMLASSUNGEN BUND

Konsolidierungsprogramm 2011 – 2013/Aufgabenüberprüfung des Bundes

Vorab wurde festgestellt, dass der Bundeshaushalt die Vorgaben der Schuldenbremse einzuhalten habe und strukturelle Bundesdefizite untragbar sind. Deswegen sei eine Aufgabenüberprüfung wichtig, welche auch strukturelle Probleme angehe. Zahlreiche Ausgaben, zum Beispiel in der sozialen Wohlfahrt, wiesen hohe unfi-

nanzierte Wachstumsraten auf. Mit Besorgnis seien auch nicht finanzierte Aufgaben mit Anschubsfinanzierungen zu verzeichnen, welche zu einer Lastenabwälzung und Erhöhung des Drucks auf die Kantone führe. Das Effizienzpotenzial der NFA sei durch verbesserte Klärung der Zuständigkeiten besser zu nutzen, ferner seien Ausgabenautomatismen durch eine Reduktion von Fonds und Spezialfinanzierungen abzubauen. Sodann wurde zu einzelnen Massnahmen im Konsolidierungsprogramm Stellung bezogen.

Alpenkonvention – Durchführungsprotokolle

In einer gemeinsamen Aktion haben sämtliche Handelskammern der Schweiz an die Bundesparlamentarier appelliert, die Einführung der Durchführungsprotokolle abzulehnen. Die Umsetzung der Protokolle sei unausgeglichen und verhältnisswidrig, stehe im Gegensatz zu den Interessen der in den Bergregionen wohnhaften Schweizer Bevölkerung, verletzen die Prinzipien von Autonomie und Selbstbestimmung des schweizerischen Föderalismus, und ihr Preis für die Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Landes würde übermässig hoch sein.

Anschliessend wurde auf die unakzeptable Ausgestaltung der Protokolle Verkehr, Bodenschutz sowie Raumplanung und nachhaltige Entwicklung hingewiesen.

Besteuerung nach dem Aufwand

Die Aufhebung der für den Kanton Graubünden und andere Regionen bedeutsamen Pauschalbesteuerung wurde abgelehnt. Die Abschaffung hätte zur Folge, dass die sehr reichen Pauschalisierten den Wohnsitz an steuerergünstige Orte im Ausland wie Monte Carlo oder London verlegten. Die Liegenschaften am heutigen Hauptsteuerdomizil würden dann inskünftig nur noch als Zweitwohnung genutzt und die Aufenthaltsdauer so reduziert, dass es der Steuerverwaltung nicht gelingen könnte, eine unbeschränkte Steuerpflicht nachzuweisen. Die Folge wäre eine massive Reduktion der Steuerleistung, indem nur noch der Eigenmietwert besteuert werden könnte. Zudem würde die Anzahl der tourismässig ungeliebten kalten Betten gesteigert. Der Steuergerechtigkeit wäre mit diesem Schritt ebenso wenig gedient wie dem Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Anschliessend wurde zu diversen Forderungen der

Finanzdirektorenkonferenz Stellung bezogen.

Wohneigentumsbesteuerung

Der vom Bundesrat angestrebte Systemwechsel wurde abgelehnt. Sollte der Eigenmietwert nicht mehr besteuert werden, müsste zwingend im Harmonisierungsgesetz eine Lösung für die Besteuerung der Zweitwohnungen normiert werden, mit welcher die Tourismuskantone ihr heutiges Steuersubstrat erhalten könnten. Für die Tourismuskantone und vor allem auch für die Tourismusgemeinden seien die Einnahmen aus der Eigenmietbesteuerung von grundlegender, zum Teil sogar von existenzieller Bedeutung.

Revision des Bundesgesetzes über die Förderung von Innovation, Zusammenarbeit und Wissensaufbau im Tourismus (Innotour)

Die vorgeschlagene Revision von Innotour und insbesondere die Absicht, den Erlass in ein unbefristetes Gesetz umzuwandeln, wurde begrüsst. Innotour habe sich zu einem wichtigen Instrument der nationalen Tourismuspolitik entwickelt. Die Marktbearbeitung, die Angebotsqualität und die Innovationstätigkeit der tourismusabhängigen Wirtschaft hätten dank Innotour deutlich verbessert werden können. Der Hauptnutzen von Innotour bestehe in der Schaffung neuer Geschäftsmöglichkeiten sowie der Weiterentwicklung bestehender Dienstleistungen. Die Finanzierung sei auf eine solide Basis zu stellen. Die vom

Bundesrat vorgesehenen Einsparungen wurden abgelehnt, sie widersprächen dem aktuellen Ziel der Wachstumsstrategie und schwächten das Ziel der Attraktivitätssteigerung des touristischen Angebots. Der Verpflichtungskredit sei um CHF 6 Mio. auf CHF 24 Mio. pro Jahr zu erhöhen. Eine Kompensation durch eine Kürzung des Zahlungsrahmens für Schweiz Tourismus wurde entschieden abgelehnt. Sodann wurden diverse konkrete Fragen zur Vorlage beantwortet.

Interkantonale Vereinbarung für die Finanzierung der Höheren Fachschulen

Dass die vorgeschlagene interkantonale Vereinbarung Prüfungsbeiträge an Bildungsgänge der Höheren Fachschulen nicht beinhalte, sei falsch und nicht begründet. Dieser krasse Mangel solle aber nicht zum Scheitern der Vorlagen führen, da die Weiterführung der bisherigen FSV für die Prüfungen bis zur Ablösung durch eine andere Regelung immerhin den Status quo für die Prüfungen sicherstelle. Sodann wurde darauf hingewiesen, dass die bestehende Vereinbarung für die Höheren Fachschulen des Bildungsstandortes Graubünden existenzielle Gefahren berge, da deren auf den deutschsprachigen Raum der Schweiz ausgerichteten Bildungsgänge, im Falle der Aufhebung der geltenden Regelung durch wichtige Nachfragekantone wie Zürich und St. Gallen, von der Schliessung bedroht wären. Damit würde der für die Qualität der Ausbildung unumgängliche Wettbewerb

unter den Bildungsanbietern zur Makulatur. Des Weiteren wurden diverse konkrete Fragen zur Vorlage beantwortet.

Verordnung über den Normalarbeitsvertrag für Arbeitnehmende in der Hauswirtschaft

Auch wenn im Bereiche Hauswirtschaftsangestellte in Privathaushalten ein gewisser Regelungsbedarf bestehe, welcher nicht durch die Sozialpartner geregelt werden könne, wurde der NAV Hauswirtschaft in der vorliegenden Form abgelehnt. Im zentralen Punkt der Mindestlöhne verletze er die berechtigten Interessen des Gastgewerbes wie auch anderer Branchen. Dazu wurde verlangt, dass die Mindestlöhne des NAV generell unter den Mindestlöhnen des L-GAV der Gastronomie liegen müssten, weil die Mindestlöhne im Vergleich zur Hotellerie unverhältnismässig hoch angesetzt worden seien. Auch wurde darauf hingewiesen, dass hohe Mindestlöhne die Schwarzarbeit in Privathaushalten fördern könnte. Zu diversen Bestimmungen wurden Anregungen gemacht.

Bundesgesetz über die steuerliche Behandlung der Aus- und Weiterbildungskosten

Die Klärung der Abzugsfähigkeit berufsorientierter Aus- und Weiterbildungskosten wurde begrüsst, ebenso die Überlassung der Obergrenze der zum Abzug berechtigten Kosten durch die Kantone. Die Obergrenze von CHF 4000.– bei der direkten Bundessteuer wurde als zu tief angesetzt qualifiziert.



Ein grösserer steuerlicher Anreiz zur beruflichen Weiterbildung sei nicht nur bildungspolitisch gerechtfertigt, sondern auch aus fiskalpolitischen Überlegungen sinnvoll, weil ein hoher Ausbildungsstandard zu mehr Steuersubstrat führe. Zustimmung fand die Regelung, dass die Kosten der Erstausbildung weiterhin nicht zu einem Abzug berechtigten, da diese in der Regel staatlich finanziert respektive subventioniert sei.

Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE)

Da im Freizügigkeitsabkommen die Entsendung von EU/EFTA-Arbeitskräften während mehr als 90 resp. 120 Tagen nicht geregelt wurde, seien die Kantone gezwungen, für länger dauernde Entsendungen aus jenem Kontingent zu schöpfen, welches primär für die Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen vorgesehen wäre. Dies sei insbesondere in wirtschaftlich guten Zeiten sehr schwierig, weil die Beschäftigung von Spezialisten aus Drittstaaten für die Wirtschaft unverzichtbar sei. Diese Situation habe bereits schon dazu geführt, dass von Januar bis Juni 2010 an Au-pairs aus Drittstaaten keine Bewilligung mehr erteilt werden konnte. Angesichts der bisherigen Erfahrungen seien die vorgeschlagenen Kontingentzahlen zu tief.

Parlamentarische Initiative «Flexibilisierung der Waldflächenpolitik»

Eine flexiblere Regelung des Rodungsersatzes wurde begrüsst. Damit könne

den Verhältnissen in den Kantonen besser Rechnung getragen werden als mit der heutigen Regelung. Die teilweise Aufhebung des dynamischen Waldbegriffes wurde als wirkungsvolle Massnahme begrüsst. Abgelehnt wurde hingegen die Aufhebung der Möglichkeit zur Leistung von Realersatz in anderen Gegenden, wie dies derzeit noch möglich sei. Generell seien Raumplanung und Waldschutz besser aufeinander abzustimmen.

Verfassungsartikel über die Grundversorgung

Obwohl die Verfassung nicht aufgebläht werden sollte, sei eine Regelung der Grundversorgung für einen peripher gelegenen Bergkanton wie Graubünden von sehr grosser Bedeutung. Es seien Grundsätze über die Grundversorgung zu erlassen, nach denen in der Schweiz eine bestmögliche Versorgung der Bevölkerung mit den grundlegenden Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs erreicht werden. Die Erschliessung der zahlreichen entlegenen Talschaften sei aufwendig, sodass ein Bekenntnis des Bundes für eine Grundversorgung für die gesamte Bevölkerung in hoher Qualität sowie zu einheitlichen und erschwinglichen Preisen zentral sei. Dennoch sei sicherzustellen, dass die im Sinne des NFA und der NRP zu stärkenden Zentren in den Regionen ebenfalls über eine hochstehende, mit den Agglomerationen vergleichbare Grundversorgung verfügten. Dabei seien einheitliche Preise vorzusehen. Eine Einschränkung sei insofern vorzusehen, dass der

Zugang zu Gütern und Dienstleistungen der Grundversorgung nicht «in allen Landesgegenden», sondern in den «ganzjährig bewohnten Landesgegenden» anzustreben sei. Beim Wasser, Abwasser und Verkehr sei zu bedenken, dass eine allgemein zugängliche Grundversorgung bei Liegenschaften ausserhalb der Bauzone heute nicht gewährleistet sei. Dies sei beizubehalten, ansonsten die Kommunen überfordert würden. Des Weiteren wurden diverse Fragen beantwortet.

Änderung von Art. 8

Energiegesetz

Die vorgesehene Änderung wurde abgelehnt, weil die Verschärfung des Energierechtes das bewährte Instrument der freiwilligen Vereinbarung von Staat und Wirtschaft abschaffen wolle. Mehr Vorschriften und Bürokratie garantierten keine besseren Lösungen. Es drohe ein Alleingang und eine Schwächung des Cassis-de-Dijon-Prinzips. Es stehe ein Systemwechsel bevor, wonach der Bundesrat direkt Verbrauchsvorschriften für Anlagen, Fahrzeuge und Geräte erlassen werde, ohne vorher mittels freiwilliger Vereinbarung der Wirtschaft eine Lösung suchen zu müssen.

Revision Rechnungslegungsrecht

In einer gemeinsamen Stellungnahme der Schweizerischen Handelskammern werde verlangt, dass Unternehmen mit weniger als CHF 250 000.– Jahresumsatz lediglich Buch führen müssten über die Einnahmen und Ausgaben sowie über die Vermögenslage. Klein-

und Kleinstunternehmen sollten nicht von Gesetzes wegen mit administrativen Kosten belastet werden. Ferner wurde verlangt, Unternehmen mit einer Bilanzsumme von weniger als CHF 20 Mio., Umsätzen von weniger als CHF 40 Mio. und weniger als 250 Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt, ferner auch Unternehmen, die im Alleineigentum eines Aktionärs stünden sowie wenn alle Minderheitsaktionäre ihre schriftliche Zustimmung gäben, sollten von zusätzlichen Anforderungen an den Geschäftsbericht befreit werden. Zudem wurde für die gleichen Unternehmen eine Befreiung zur Erstellung einer Konzernrechnung verlangt.

Totalrevision des Alkoholgesetzes

In grundsätzlicher Hinsicht wurde die präsentierte Vorlage abgelehnt, hingegen die Trennung in ein Alkohol- und in ein Spirituosensteuergesetz und die gesetzliche Verankerung der Testkäufe begrüsst. Trotz Unterstützung einer verantwortungsvollen Alkoholpolitik wurde im Sinne einer grundsätzlich liberalen Haltung beanstandet, das neue Alkoholgesetz sehe zu viele problematische Massnahmen und weitgehende Eingriffe in den Alkoholmarkt und den Handel vor. Auch wurden Zweifel geäussert, ob die vorgeschlagenen Massnahmen tatsächlich auch längerfristig Wirkung zeigten und nicht nur Scheinlösungen seien. Angesichts der hohen volkswirtschaftlichen sozialen Kosten des missbräuchlichen Alkoholkonsums wurden zielführende Massnahmen grundsätzlich begrüsst.

Regulierungen müssten aber dort ansetzen, wo Handlungsbedarf bestehe. Die grosse Mehrheit der Bevölkerung habe nämlich ein risikoloses Trinkverhalten, der Alkoholkonsum sei rückläufig. Als problematisch wahrgenommen werde in der Bevölkerung indessen der Alkoholkonsum jugendlicher Trinker. Trotz Revisionsbedarf sei die Neuregelung nicht konsequent gelungen. Die in den Erläuterungen vorgesehene Möglichkeit, künftige Alkoholprävention und somit Handelsbeschränkungen ebenfalls über ein neues Präventionsgesetz zu steuern, sei falsch, der entsprechende Gesetzesentwurf sei sehr offen und unklar formuliert, was offene Türen für weitgehenden Wildwuchs und neue regulatorische Massnahmen schaffe. Zudem haben wir uns auch zu einzelnen Bestimmungen und Fragen geäussert.

Weitere Vernehmlassungen

Ferner haben wir uns zu folgenden Vorlagen geäussert:

- Übereinkommen des Europarates über die Landschaft (Europäische Landschaftskonvention)
- Freie Wahl der Set-Top-Box
- Änderungen im Gefahrgutrecht

Vernehmlassungen Kanton Graubünden

Tourismusfinanzierung

Graubünden

Um die Vorlage mehrheitsfähig zu machen, wurde ein Kompromissvor-

schlag zwischen den beiden in die Vernehmlassung gegebenen Vorlagen angeregt. Dabei wurden folgende Systemanpassungen verlangt:

- Die Möglichkeit des Abschlags ist zu flexibilisieren, sodass die für das Tourismusmarketing zuständigen Trägerschaften ihren Mittelbedarf autonom festlegen und die Gemeinden analog zum Steuerfuss die für sie erforderliche Höhe der Abgabe bestimmen können.
- In den Vorleisterregionen (Bündner Rheintal) wird, wie in allen anderen Regionen, von den Steuersubjekten nur so viel bezogen, wie für die Tourismusförderung benötigt wird. Es erfolgt damit eine Gleichstellung mit den übrigen Regionen. Dadurch entfallen die Mittel, die von den tourismusnahen Unternehmen aus der Vorleisterregion in den Tourismusfonds einbezahlt würden. Dieser Ausfall ist durch allgemeine Steuergelder zu kompensieren, indem der Kanton neu den Tourismusfonds öffnet.
- Die vom Kanton einkassierten Mittel für die KTA fliessen bedingungslos wieder zurück. Der Aufwand für das Inkasso ist unentgeltlich und als Leistung des Kantons an die Tourismusfinanzierung zu betrachten.

Eine bloss Harmonisierung der Tourismusfinanzierung wurde abgelehnt, weil damit die Idee einer kantonalen Tourismusabgabe verfehlt würde. Ferner wurde darauf hingewiesen, dass die vorgeschlagene Mittelausstattung umstritten sein würde, bereits jetzt sei bei der Neuordnung in verschiedenen

Regionen erheblicher Widerstand erwachsen, zum Beispiel seitens der DMO Engadin St. Moritz, dann aber auch aus den Regionen Chur/Bündner Rheintal, letztere mit der Begründung, der Tourismusvorteil werde bereits durch die Steuern abgeschöpft, sodass allfällig benötigte Mittel aus allgemeinen Staatsmitteln zur Verfügung zu stellen seien. Sodann wurde darauf beanstandet, dass diverse von der Wirtschaft verlangte Forderungen nicht umgesetzt wurden, nämlich eine explizite Abgabenbefreiung der stark überwiegend exportierenden Unternehmen, die Befristung der Abgabenerhebung, eine substanzielle Beteiligung des Kantons bei der Tourismusfinanzierung, die Einführung eines degressiven Tarifes sowie die Berücksichtigung der Abgabenleistung als Vergabekriterium bei den Submissionen. Ferner wurde darauf hingewiesen, dass Probleme durch die Mehrwertsteuerfrage sowie die gesamte Belastung der Zweitwohnungen erwachsen könnten. Und letztlich wurde auf die übermässige Belastung der Hotels der Komfortklassen hingewiesen.

Teilrevision des Wasserrechtsgesetzes des Kantons Graubünden

Diese Vorlage resp. die Energiewirtschaft und insbesondere auch das verfolgte Ziel eines jährlichen Wirtschaftswachstums von mindestens 2 % erachteten wir als für den Kanton Graubünden von grosser Bedeutung. Entsprechend wurden die mit der Teilrevision verfolgten Ziele und Änder-

ungen begrüsst. Die Herbeiführung vorzeitiger Heimfälle könne für die Weiterentwicklung und Optimierung der Energiewirtschaft von grosser Bedeutung sein, weshalb das hierfür benötigte Instrumentarium bereitzustellen sei. Vorzeitige Heimfälle seien indessen nur dann herbeizuführen, wenn sich daraus für den Kanton erhebliche Vorteile ergäben. Deshalb müssten Kanton und Gemeinden gemeinsam agieren und die Federführung beim Kanton liegen. Die Herbeiführung des vorzeitigen Heimfalles könnte auch eine Neuregelung der Partnerwerkbesteuerung begünstigen und so die Wertschöpfung im Kanton erhöhen, ferner Chancen für einen wesentlichen Ausbau des Energiehandels eröffnen. Bei der Neukonzessionierung seien mehrere, in unmittelbarer Nähe liegende Werke und Anlagen als Einheit zu konzessionieren. Als falsch erachteten wir die Möglichkeit, im Falle einer Neukonzessionierung auf die Wasserwerksteuer zu verzichten, die vorgesehene Kann-Formulierung würde zu einem Gewohnheitsrecht werden. Ziel der Neukonzessionierung müsse sein, möglichst viel Wertschöpfung – auch steuerlich – im Kanton zu generieren, behalten und abzuschöpfen.

Teilrevision des Gesetzes über das Gesundheitswesen des Kantons Graubünden (Aufhebung der Beschränkung des Selbstdispensationsrechts)

Die Vorlage wurde als wichtig erachtet, weil die Rahmenbedingungen für

eine beträchtliche Zahl der Mitglieder geändert werden sollten. Oberste Zielsetzung der Wirtschaftsverbände sei, permanent für wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für die KMU in Graubünden einzustehen. Es sei offensichtlich, dass in der Frage der Selbstdispensation entweder die frei praktizierende Ärzteschaft oder die Apotheken von der gesetzlichen Regulierung profitierten. Mit der Aufhebung der Einschränkung der Selbstdispensation würden Arbeitsplätze und Lehrstellen in Apotheken gefährdet, im Falle der Beibehaltung der heutigen Regelungen würden Arztpraxen und deren Mitarbeiter vom Markt verschwinden. Das weitere Ziel der Wirtschaftsverbände, Regeln und Vorschriften abzubauen, würde für eine Abschaffung der heutigen Einschränkung sprechen, gleichzeitig aber auch den Ruf nach freier Rezeptierung der Apotheker mit sich bringen. Aus gesundheitspolizeilichen Gründen dürfte diese Forderung aber kaum Umsetzungschancen haben, weil die Verordnung von Medikamenten nach heutiger Erkenntnis eine ärztliche Leistung ist. Andererseits würde mit der vorgeschlagenen Lösung eine Regulierung aufgegeben und das heutige Monopol für die Apotheken fallen gelassen und damit eine Gleichbehandlung zu den Ärzten geschaffen. Der Konsument könnte frei wählen, wo er die Leistung bezieht. Eine Beurteilung der Vorlage unter dem Aspekt der Schaffung von marktwirtschaftlichen Anreizen zur Verminderung der Gesundheitskosten und Sicherstellung der medizinischen

Grundversorgung in den Regionen zeige, dass sich in dieser Frage die Ausführungen von Ärzte- und Apothekerschaft diametral widersprechen, weshalb eine zuverlässige Beurteilung gar nicht möglich sei. Gesundheitspolizeiliche Motive für die eine oder andere Regelung seien nicht ersichtlich. Aufgrund des heutigen Kenntnisstandes dürfte aber die Einführung der vollen Selbstdispensation für alle Ärzte einen höheren Grad an Gewerbefreiheit und liberale Verhältnisse in der Medikamentenabgabe nach sich ziehen. Aus all diesen Gründen könnten die Wirtschaftsverbände aus materiellen Gründen weder für die Einschränkung noch für die Öffnung Position beziehen. In formeller Hinsicht wurden, im Falle der Einführung der vollen Selbstdispensation, die Koordination mit der Kodifizierung im Bundesrecht und angemessene Übergangsfristen verlangt.



Abstimmungen und Wahlen

Zu diversen eidgenössischen und kantonalen Vorlagen wurden folgende **Abstimmungsparolen** abgegeben:

	Parole	Resultat CH	Resultat GR
7. März 2010			
Bundesbeschluss vom 25. September 2009 zu einem Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen	Keine	77,2 % Ja	70,62 % Ja
Volksinitiative vom 26. Juli 2007 «Gegen Tierquälerei und für einen besseren Rechtsschutz der Tiere» (Tierschutz-anwalt-Initiative)	Keine	70,5 % Nein	68,97 % Nein
Änderung vom 19. Dezember 2008 des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) (Mindestumwandlungssatz)	Ja	72,7 % Nein	65,38 % Nein
26. September 2010			
Änderung vom 19. März 2010 des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz, AVIG)	Ja	53,4 % Ja	63,06 % Ja
28. November 2010			
Volksinitiative vom 15. Februar 2008 «Für die Ausschaffung krimineller Ausländer» (Ausschaffungsinitiative)	Keine	52,3 % Ja	52,5 % Ja
Bundesbeschluss vom 10. Juni 2010 über die Aus- und Wegweisung krimineller Ausländerinnen und Ausländer im Rahmen der Bundesverfassung (Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für die Ausschaffung krimineller Ausländer» [Ausschaffungsinitiative])	Keine	52,6 % Nein	55,5 % Nein
Volksinitiative vom 6. Mai 2008 «Für faire Steuern, stoppt den Missbrauch beim Steuerwettbewerb» (Steuergerechtigkeitsinitiative)	Nein	58,5 % Nein	62,27 % Nein
kantonale Abstimmungen			
7. März			
Gesetz über die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenaufteilung zwischen Kanton und Gemeinden (Mantelgesetz über die Bündner NFA)	Ja	49,25 % Ja	50,75 % Nein
Regierungsratswahlen 2010			
In die Regierung gewählt wurden die bisherigen Regierungsräte Dr. iur. Martin Schmid, Barbara Janom Steiner, Hansjörg Trachsel sowie neu die Regierungsräte Dr. iur. Mario Cavigelli und Martin Jäger.			

DACHORGANISATIONEN DER WIRTSCHAFT GRAUBÜNDEN

Gemeinsamer Bericht des Bündner Gewerbeverbandes, der Handelskammer und des Arbeitgeberverbandes Graubünden

Seit Juli 2008 sind die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden – Bündner Gewerbeverband, hotellerie-suisse Graubünden sowie Handelskammer/Arbeitgeberverband Graubünden – mit ihren Geschäftsstellen in den gemeinsamen Räumlichkeiten Hinterm Bach in Chur domiziliert. Der regelmässige Gedankenaustausch ist damit institutionalisiert und die Zusammenarbeit zwischen den Geschäftsführern funktioniert ausgezeichnet. Die Durchführung von gemeinsamen Anlässen (Vorstandssitzungen, Puls, Wirtschaftstag etc.), Vernehmlassungen und Eingaben an Behörden (Tourismusfinanzierungsgesetz, Pauschalbesteuerung etc.) oder Positionierungen (9-Punkte-Programm, Wahlen, Abstimmungskampagnen wie NFA) in der Öffentlichkeit verstärken das Gewicht der Stimme der Wirtschaft. Die Bündner Regierung schätzt diese enge Zusammenarbeit. Sie hat die Dachorganisationen am 27. April 2010

zum 13. Mal in ununterbrochener Folge zur gegenseitigen Aussprache eingeladen. Wir bedanken uns bei Jürg Michel, Jürg Domenig, Urs Schädler und Andreas Züllig für die gute Zusammenarbeit.

PULS

Die GKB, die Südostschweiz, das Amt für Wirtschaft und Tourismus, der Bündner Gewerbeverband, hotellerie-suisse Graubünden und die Handelskammer Graubünden sind seit 1997 gemeinsame Herausgeber der Wirtschaftspublikation PULS. Daneben werden unter der Marke PULS auch Veranstaltungen organisiert, wie beispielsweise des alljährlich an der Gehla stattfindende Wirtschaftsforum Südostschweiz. Highlight im Berichtsjahr war das fast bis auf den letzten Platz gefüllte GKB-Auditorium an der Veranstaltung mit dem bekannten ägyptischen Investor in Andermatt, Samih Sawiris. Zusammen mit Regierungsrat Hansjörg Trachsel und Reto Gurtner und unter der Leitung von Gieri Spescha (Head of Communications Graubünden Ferien) fand eine abwechslungsreiche und hochinteressante Veranstaltung zum Thema «Wintertourismus im internationalen Wettbewerb» statt.



DACH
ORGANISATIONEN
Wirtschaft Graubünden



Weitere Partner

Die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden streben die regelmässige Zusammenarbeit und den Austausch mit vielen Partnern an. Dazu gehören die Interessengemeinschaft Tourismus (ITG), das Wirtschaftsforum Graubünden, das Amt für Wirtschaft und Tourismus, Graubünden Ferien und diverse Bildungsinstitutionen, vorab die HTW, die IBW und die gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen. In vielen Organisationen sind die Dachorganisationen der Wirtschaft mit ihren Mitgliedern in den Führungsgremien vertreten. Ihnen allen danken wir für die gute Zusammenarbeit.



VERBANDSAKTIVITÄTEN

Die Haupttätigkeit des Sekretariates bestand auch im Berichtsjahr in der Verfassung von **Vernehmlassungen** an den Kanton Graubünden, an economiesuisse sowie an den Schweizerischen Arbeitgeberverband. Ferner gehörte der Sekretär **Abstimmungskomitees** und **Kommissionen** an, welche wirtschaftspolitisch relevante Themata behandelten. Zum weiteren Aufgabenbereich des Sekretariates gehörte die **Vertretung** des Verbandes bei verschiedenen Anlässen, in Arbeitsgruppen und Leitungsgremien anderer Organisationen.

Beim **Ursprungszeugnis-Dienst** wurden im Berichtsjahr 2402 Ursprungszeugnisse, Rechnungen, Tatsachenbe-

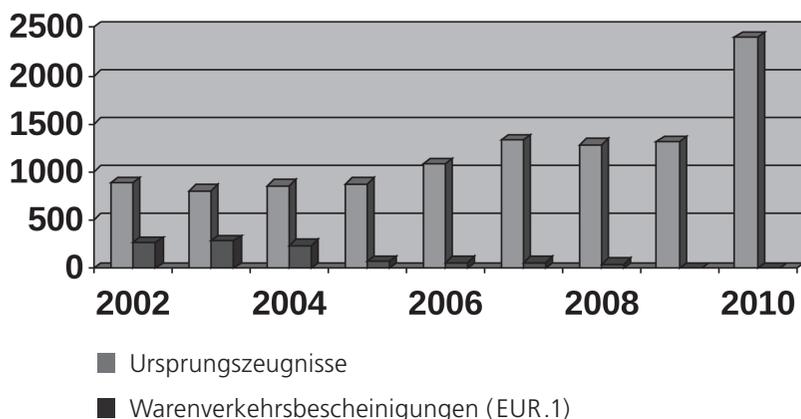
scheinigungen etc. (Vorjahr 1317), hingegen keine Warenverkehrsbescheinigungen (Vorjahr 0) beglaubigt. Die Carnet-ATA, Zollbürgschaften für Warenmuster etc., wurden durch die Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell, die Handelskammer Zürich sowie die Tessiner Handelskammer ausgestellt.

Der **Mitgliederbestand** betrug per Ende des Berichtsjahres 495 (482) Mitglieder, wovon über die Kollektivmitgliedschaft ihrer Branchenverbände 40 Bergbahnen, 79 Zahnärzte und 14 Raiffeisenbanken beteiligt sind.

Im Berichtsjahr wurden 5 «**HK-News**» herausgegeben, in welchen die Mitglieder mit aktuellen Informationen bedient wurden.

Ferner wurden im Berichtsjahr diverse **Veranstaltungen** durchgeführt oder mit anderen Organisationen angeboten. Zudem haben wir diverse **Weiterbildungsveranstaltungen** befreundeter Organisationen angeboten, insbesondere im Bereiche des Exports.

Bei der **Öffentlichkeitsarbeit** wurden die Medien zu diversen Fragen und Vorlagen, zu denen sich unser Verband





alleine oder zusammen mit Partnern geäussert hat, mit Communiqués bedient.

Das Sekretariat vermittelte auch im Berichtsjahr beinahe täglich **Auskünfte** aller Art an Mitglieder und auch an Nichtmitglieder, vorwiegend im Bereiche des Exportes, des Arbeitsrechtes sowie der Kontaktvermittlung.

Auch im Berichtsjahr haben wir die an verschiedenen Mittelschulen unseres Kantons durchgeführten **Wirtschaftswochen** finanziell unterstützt.

Für den **Businessplan-Wettbewerb an der HTW Chur** haben wir den Preis für den 1. Rang gestiftet.

Als Mitglied von **economiesuisse** und des **Schweizerischen Arbeitgeberverbandes** stehen wir mit diesen Organisationen in regelmässigem Kontakt, vor allem im Rahmen der Vernehmlassungsverfahren. Dabei steht für uns das Einbringen der spezifisch bündnerischen Interessenlage in die Meinungsbildung der beiden genannten Organisationen im Vordergrund.

Als Partner von **OSEC** erbringt unser Verband diverse Dienstleistungen im Interesse der exportierenden Unternehmen.

Beim **Kanton Graubünden** sind es vor allem das Amt für Wirtschaft und Tourismus, das Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, das Amt für berufliche Ausbildung sowie die Steu-



erverwaltung, mit welchen wir in regelmässigen Kontakt stehen.

Im **Verein Schweizer Industrie- und Handelskammern (SIHK)** sind alle 18 Industrie- und Handelskammern der Schweiz sowie jene des Fürstentums Liechtenstein angeschlossen. Das von den Handelskammern gebildete Netzwerk dient der Steigerung von Effizienz und Effektivität der einzelnen Kammern sowie der Vertretung gemeinsamer wirtschaftspolitischer Anliegen auf eidgenössischer Ebene. Im Rahmen von Vernehmlassungen ist die SIHK insbesondere im Bereich des neuen Rechnungslegungsrechtes, der «Swissness»-Vorlage, den Durchführungsprotokollen zur Alpenschutzkonvention und raumplanerischen Vorlagen aktiv geworden.

Über die Datenbank **SWISSFIRMS** ist es möglich, unsere Mitglieder nach verschiedensten Kriterien zu selektieren und deren Adressen zu erwerben. Zudem bietet SWISSFIRMS diverse Dienstleistungen an, welche ausschliesslich Handelskammermitgliedern vorbehalten sind.

An der Jahresversammlung der **Permanente Konferenz der italienisch-schweizerischen Grenznahhandelskammern** wurden wiederum diverse Resolutionen zu grenzüberschreitenden Problemen und Anliegen verabschiedet. Im Mittelpunkt des Anlasses standen Referate und Podiumsdiskussionen zu den Themen «Die strukturelle Verschuldung

der OECD-Staaten und Kreditbedingungen für Unternehmen».

Auch dieses Jahr wurde der Verein **Marke «graubünden»** unterstützt. Mit dem geleisteten finanziellen Beitrag wird sämtlichen Mitgliedfirmen ermöglicht, die Marke «graubünden» im reglementarisch vorgesehenen Rahmen unentgeltlich zu benutzen.

Im Mittelpunkt der gut besuchten **Generalversammlung** vom 17. November 2010 stand ein Referat von Regierungsrat Dr. iur. Martin Schmid zur Steuergerechtigkeitsinitiative und deren Auswirkungen für Graubünden. Am anschliessenden Wirtschaftsapéro bot sich unseren Mitgliedern und den geladenen Gästen die Möglichkeit zum ungezwungenen Meinungsaustausch und zur Kontaktpflege.

Unter dem Vorsitz von Präsident Ludwig Locher ist der **Vorstand** zu zwei Sitzungen zusammengetreten. Zu verschiedenen Sachgeschäften wurden Kommissionssitzungen abgehalten oder Zirkulationsbeschlüsse gefasst. Zudem haben verschiedene Vorstandsmitglieder auch in ad-hoc-gebildeten Arbeitsgruppen mitgearbeitet und in den Gremien diverser Organisationen Einsitz genommen.

Eine Mutation im Vorstand ergab sich durch die Zuwahl von Hansjörg Ernst, Ems-Chemie AG, seitens des Vorstandes.



Bericht der AHV-Ausgleichskasse für Gewerbe, Handel und Industrie in Graubünden/Glarus

Die Jahresversammlung des Kassenvorstandes

Dieser trat am 18. Juni 2010 unter dem Vorsitz von Präsident Ludwig Locher im Hotel Sommerau in Chur zusammen.

An dieser Jahresversammlung behandelte und genehmigte der Kassenvorstand die Jahresrechnung 2009, das Budget für das Rechnungsjahr 2010 sowie den Jahresbericht 2009. Weiter wurde im Personalbereich bekannt gegeben, dass Herr Claudio Wetzstein nach 35-jähriger Tätigkeit (25 davon als Kassenleiter) auf Ende 2010 gekündigt hat. Frau Fernanda Pally wurde die Leitung der Kasse ab 1. Juli 2010 interimistisch übertragen. Das neue Personalreglement und die neuen Arbeitsbestimmungen sowie der Einsatz eines Zeiterfassungssystems wurden ebenfalls genehmigt.

Weiter wurde der Finanzierung für den Kauf von STWE 51963 (2. Obergeschoss) und dem Projektierungskredit für die Planung des Um- und Ausbaus beider Stockwerkeinheiten zugestimmt.

Beiträge der Versicherungsbranche

Im Berichtsjahr 2010 sind von unseren Mitgliedern CHF 83 043 436.65 an Beiträgen für die AHV-, IV- und EO-Versi-

cherung abgerechnet worden. Davon entfallen CHF 4237 103.65 auf Beiträge der Selbständigerwerbenden.

Im Vergleich zum Vorjahr wurden über unsere Kasse CHF 3194 770.05 weniger Beiträge abgerechnet. Diese Verminderung von 3,31 % ist zum Teil auf die Beitragsrückzahlungen des Jahres 2009 und auf die Kurzarbeit von einigen Grossfirmen zurückzuführen. Diese Prognose wurde bereits im Bericht 2009 erwähnt.

Abgeschrieben, herabgesetzt und zurückgebucht haben wir im vergangenen Jahr Lohnbeiträge und Zinsen in Höhe von CHF 48 054.75.

Beiträge an die Arbeitslosenversicherung

Die Beitragsabgaben an die Arbeitslosenversicherung haben sich um CHF 495 518.60 oder um 3,42% vermindert. Bei der ALV haben wir Beiträge in Höhe von CHF 3949.70 abgeschrieben (gleiche Fälle wie bei der AHV).

Leistungen der AHV

Im Jahr 2010 haben sich die Auszahlungen für ordentliche AHV-Altersrenten um 0,37 % oder CHF 230 390.00 verringert.

Unser Aufwand für AHV-Hilflosenentschädigungen hat sich im letzten Jahr um CHF 136 232.00 vermehrt (plus 23,96 %).

Leistungen der IV

Für die ordentlichen Invalidenrenten mussten wir im Jahre 2010 CHF 6858 223.00 aufwenden, das sind CHF 776 159.00, oder 10,1% weniger als im Vorjahr. Nach der Einführung der 5. IVG-Revision werden die IV-Fälle strenger abgeklärt, und durch Umschulungen versucht man die Versicherten wieder in die Arbeitswelt einzugliedern.

IV-Taggelder konnten wir im vergangenen Rechnungsjahr CHF 945 953.35 vergüten, was einer Zunahme der Auszahlungen um CHF 289 978.20 entspricht (44,2 % mehr). Wir haben 53 Fälle (Vorjahr 33) bearbeitet. Nach der 5. IVG-Revision werden mehr Abklärungen und Umschulungen durchgeführt, bevor eine IV-Rente zugesprochen wird. Demzufolge erhöht sich die Zahl der Taggeldbezüger.

Als Aufwand für die IV-Hilflosenentschädigungen konnten wir CHF 147 060.00 verbuchen. Das sind CHF 19 972.00 weniger als im Vorjahr.

Erwerbsersatz im Militärdienst, Zivilschutz, Jugend + Sport

Die Fix- und Grenzbeträge der Erwerbsersatzordnung wurden für die Wehr- und Zivilschutzpflichtigen auf den 1. Januar 2009 erhöht. Der Aufwand für Entschädigungen betrug CHF 3191451.80 (minus CHF 356993.85 resp. 10,07 %). Nach der neuen Armee reform werden weniger Wehrmänner für den Dienst einberufen.

Mutterschaftsentschädigung

Während des Jahres 2010 haben wir an 101 (Vorjahr 94) Personen Leistungen in Höhe von gesamthaft CHF 928849.50 ausgerichtet (plus CHF 93533.65). Zusätzlich haben wir AHV/IV/EO/ALV-Beiträge in Höhe von CHF 30089.95 ausgeglichen. Zusätzlich zu den EO- und Mutterschaftsentschädigungen musste der AHV-Fonds Beiträge in Höhe von CHF 246894.10 ausgleichen.

Kantonale Familien- zulagen

Kantonale Familienaus- gleichskasse Graubünden

Auf den 1. Januar 2009 sind die allgemeinen Kinderzulagen von CHF 195.00 pro Kind und Monat auf CHF 220.00 und für in Ausbildung stehende Jugendliche ab dem 16. Altersjahr von CHF 220.00 auf CHF 270.00 erhöht worden. Der Beitragsansatz beträgt seit dem 1.1.2009 1,9 % der AHV-pflichtigen Lohnsumme.

Im Jahr 2010 haben unsere Mitglieder CHF 13 529 240.90 an Beiträgen abgerechnet, das sind CHF 282 241.45 weniger als im Vorjahr. (minus 2,05 %)

An Leistungen haben wir CHF 12 980 791.25 vergütet oder CHF 223 860.15 weniger als im Jahr zuvor. (minus 1,7 %)

Kantonale Familien- ausgleichskasse Glarus

Ab 1. Januar 2001 führen wir auch eine Abrechnungsstelle der kantonalen Familienausgleichskasse von Glarus.

Auf den 1. Januar 2009 sind die allgemeinen Kinderzulagen auf CHF 200,00 pro Kind und Monat und auf CHF 250.00 für in Ausbildung stehende Jugendliche ab dem 16. Altersjahr erhöht worden. Der Beitragsansatz beträgt seit dem 1.1.2009 1,4 % der AHV-pflichtigen Lohnsumme.

Im vergangenen Jahr haben unsere Mitglieder CHF 618 473.40 an Beiträgen abgerechnet. Das sind CHF 209 951.90 weniger als im Vorjahr (minus 25,35 %).

Leistungen haben wir CHF 896 430.30 oder CHF 39 993.40 mehr vergütet (plus 4,66 %).

Familienausgleichskasse der Ostschweizer Ausgleichskasse für St. Gallen

Ab 1. Januar 2009 führen wir auch eine FAK-Abrechnungsstelle der Aus-

gleichskasse Ostschweizer Handel für den Kanton St. Gallen (ein Betrieb).

Die allgemeinen Kinderzulagen betragen CHF 200.00 pro Kind und Monat und CHF 250.00 für in Ausbildung stehende Jugendliche ab dem 16. Altersjahr. Der Beitragsansatz beträgt 1,7 % der AHV-pflichtigen Lohnsumme.

Im vergangenen Jahr haben unsere Mitglieder CHF 13 518.70 an Beiträgen abgerechnet.

Leistungen haben wir CHF 9400.00 ausbezahlt.

Technische Durchführung der Versicherungszweige

Versicherungsausweise und indi- viduelles Konto (IK)

Während des Berichtsjahres haben wir von der Zentralen Ausgleichsstelle in Genf 12873 MZR (Meldungen Zentrales Register) erstellen lassen. Das sind 7323 weniger als im Vorjahr (neue AHV-Ausweise waren nicht mehr so viele zu erstellen). Zusätzlich haben wir 408 Gesamt-Kontoauszüge an Privatpersonen zugestellt. Davon waren 175 mit einer provisorischen/prognostischen Rentenvorausberechnung zu erstellen.



VERBANDSRECHNUNG 2010

Bilanz

Konto	Bilanz per 31.12.2010		Bilanz per 31.12.2009		Abweichungen
	Aktiven	Passiven	Aktiven	Passiven	
1000 Kassa	73.90		36.00		37.90
1010 Postkonto Chur	119 338.74		119 666.69		-327.95
1020 GKB Chur Sparkonto	15 498.51		7 924.91		7 573.60
1025 UBS Chur Sparkonto	13 603.34		13 489.74		113.60
1040 GKB Chur	4 642.60		5 700.30		-1 057.70
1045 CS Chur Sparkonto	1 050.40		1 045.82		4.58
1050 Wertschriften	301 808.00		241 308.00		60 500.00
1052 Debitoren	38 818.06		61 010.30		-22 192.24
1060 ESTV Bern, Vst.	2 759.35		2 580.90		178.45
1070 Bücher	1.00		1.00		0.00
1080 Qualitätsschutzmarke	1.00		1.00		0.00
1300 Trans. Aktiven	1 121.13		1 167.54		-46.41
2000 Kreditoren		25 392.35		39 806.75	-14 414.40
2050 Rückstellungen		30 000.00		15 000.00	15 000.00
2090 Trans. Passiven		150.00		737.00	-587.00
2100 Verbandskapital		443 173.68		398 388.45	44 785.23
Total	498 716.03	498 716.03	453 932.20	453 932.20	

Verwaltungsrechnung

Konto	2010		2009		Abweichungen
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	
Verbandserträge					
3000 Mitgliederbeiträge		121 510.00		121 213.50	296.50
3010 Beglaubigungen		145 693.71		86 476.10	59 217.61
3050 Sekretariatsentschädigung		20 000.00		20 000.00	0.00
3100 Diverse Einnahmen		4 280.44		1 376.59	2 903.85
Verwaltungskosten					
5000 Saläre	98 222.40		98 222.40		0.00
5070 Sozialkosten	29 260.95		30 787.00		-1 526.05
6000 Büromiete	4 800.00		4 800.00		0.00
6500 Büromaterial/Drucksachen	15 329.00		14 667.90		661.10
6510 Porti, Telefon	5 529.60		5 923.15		-393.55
6520 Abonnemente	2 372.40		2 323.80		48.60
6540 Formulare	0.00		0.00		0.00
6599 Steuern	3 184.00		2 634.00		550.00
Werbung/Repräsentation					
6600 Inserate und Werbung	11 439.15		-597.60		597.60
6620 Beiträge	28 065.95		27 510.00		555.95
6630 Öffentlichkeitsarbeit	0.00		0.00		0.00
6660 Sitzungs-/Reisespesen	7 007.00		7 265.15		-258.15
6670 Veranstaltungen	17 345.15		12 989.65		4 355.50
6700 Diverse Ausgaben	16 467.70		7 253.80		9 213.90
Finanzerfolg					
6800 PC-/Bankspesen	800.85		239.80		561.05
6850 Zinsertrag		8 125.23		7 504.82	620.41
Rückstellungen					
6900 Rückstellungen Jubiläum	15 000.00		15 000.00		00.00
Ergebnis 2010 (2009)	44 785.23		7 551.96		37 233.27
Total	299 609.38	299 609.38	236 571.01	236 571.01	

Revisorenbericht 2010

Bericht der Revisionsstelle an die Mitgliederversammlung der Handelskammer und Arbeitgeberverband GR, 7000 Chur

Als Rechnungsrevisoren haben wir die Buchführung und die Jahresrechnung (Bilanz und Verwaltungsrechnung) der Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden, 7000 Chur, für das am **31. Dezember 2010** abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Vorstand verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen und zu beurteilen. Wir bestätigen, dass wir die Anforderungen hinsichtlich Befähigung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach anerkannten Grundsätzen, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir prüften die Posten und Angaben der Jahresrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze, die wesentlichen Bewertungsentscheide sowie die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Buchführung und die Jahresrechnung dem schweizerischen Gesetz und den Statuten.

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Chur, 19. August 2011

Die Rechnungsrevisoren:



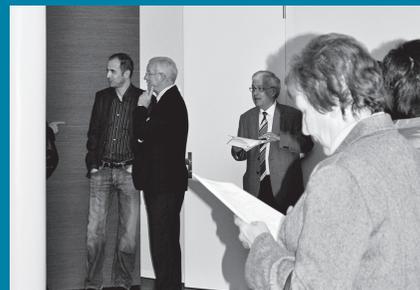
Beda Capol
Dipl. Wirtschaftsprüfer



André Thomas

Beilage:

- Jahresrechnung 2010
(Bilanz und Verwaltungsrechnung)



Verbandsorganisation 2010



VORSTAND

Ehrenmitglieder

von Sprecher Theophil, Dr. iur., Maienfeld	seit 1966
Campell Chasper, Dr. oec., Sils i. D.	seit 1987
Otto Beck, Zizers	seit 1990

Von der Generalversammlung gewählt

a) Präsidium

Locher Ludwig, Ems Chemie AG, Domat/Ems, Präsident	seit 1993
Dudli Heinz, Toscano AG, Chur	seit 2005
Engler Peter, Davos Klosters Bergbahnen AG, Davos	seit 2009

b) Mitglieder

Attinger Bruno, Dr. med. dent., Chur	seit 2000
Belloli Edy, Ferriere Belloli SA, Grono	seit 1987
Benz Hansruedi, Fleischtrocknerei Churwalden AG, Churwalden	seit 2002
Berger Stefan, J. Berger AG, Sägerei und Hobelwerk, Seewis-Pardisla	seit 2004
Bontognali Livio, Coop Ostschweiz, Gossau	seit 1997
Caprez Christoph, Frostag Food-Centrum AG, Landquart	seit 2002
Monsch Rico, Graubündner Kantonalbank, Chur	seit 1995
Müller Reto, Caviezel AG, Davos	seit 2006
Schnoz Christian, Schnoz AG, Disentis	seit 1987
Strolz Peter, Strolz Mechanik, Fideris	seit 2000
Wieland Andreas, Hamilton Bonaduz AG, Bonaduz	seit 2004
Züllig Andreas, Hotel Schweizerhof, Lenzerheide	seit 2000

VOM VORSTAND GEWÄHLT

Costa Sandro Dr., Costa AG, Pontresina	seit 2009
Ernst Hansjörg, Ems Chemie AG, Domat/Ems	seit 2010
Frei Ivo, deep AG, Chur	seit 2008
Jäggi Roland, Kuoni Transporte AG, Chur	seit 2008
Lebrument Prochazka Susanne, Südostschweiz Medien AG, Chur	seit 2009
Truffer Pius, Truffer AG, Vals	seit 2007

KOMMISSIONEN

VEU Verkehr, Energie und Umwelt

Edy Belloli, Peter Engler, Roland Jäggi, Ludwig Locher

ASBIK Arbeit, Soziales, Bildung, Kommunikation

Dr. Bruno Attinger, Livio Bontognali, Susanne Lebrument

TOURBO Tourismus, Boden, Planung, Land- und Forstwirtschaft

Dr. Sandro Costa, Rico Monsch, Reto Müller, Pius Truffer, Andreas Züllig

FIWIS Finanzen, Wirtschaft, Steuern

Ludwig Locher, Rico Monsch



RECHNUNGSREVISOREN

Ordentliche Mitglieder

Beda Capol, Capol&Partner AG, Chur

seit 2002

André Thomas, Müntener & Thomas Personal-
und Unternehmensberatung AG, Chur

seit 2002



Stellvertreter

Marc Eckold, Eckold AG, Trimmis

seit 2002

SEKRETARIAT

Sekretär

Marco Ettisberger, Dr. iur., Rechtsanwalt und Notar, Chur

seit 1985

Beglaubigungsdienst

Claudia Bulach, Chur

Sinaida Schlegel-Foresta, Chur

Lorella Kessler, Chur

DELEGATIONEN

Ausgleichskasse Gewerbe, Handel und Industrie

Ludwig Locher, Präsident; Dr. iur. Marco Ettisberger, Ausschuss; Jürg Poppel, Christian Schnoz, Peter Strolz, Mitglieder

Interessengemeinschaft Tourismus Graubünden (ITG)

Peter Engler

Kreisprüfungskommission Graubünden

Dr. iur. Marco Ettisberger, Präsident; Beatrice-Manuela Eberle (Manor)

Schulrat Kaufmännische Berufsschule Chur

Dr. iur. Marco Ettisberger, Elvira Knecht (GKB), Dr. med. dent. Christoph Loher (Graubündner Zahnärztesgesellschaft)

Interessengemeinschaft kaufmännische Grundausbildung Graubünden (IGKG)

Dr. iur. Marco Ettisberger, Präsident

Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW)

Ludwig Locher, Präsident

Vorstand Förderverein Hochschule für Wirtschaft und Tourismus (HTW)

Ludwig Locher

Institut für berufliche Weiterbildung (IBW)

Peter Scherrer (Büro für Informatik, Planung und Projektierung)

Tripartite Kommission für flankierende Massnahmen

Daniel Waldvogel (Ems Chemie AG)

Koordinationsgremium für die KMU-Politik

Christoph Caprez

Kantonales Einigungsamt

Dr. iur. Marco Ettisberger, Obmann

Redaktion «Puls»

Dr. iur. Marco Ettisberger



Marke «graubünden»

Dr. iur. Marco Ettisberger

Arbeitsgruppe Wettbewerbsfähige Tourismusstrukturen

Dr. iur. Marco Ettisberger

Stiftungsrat Wirtschaftsforum Graubünden

Ludwig Locher

Internationale Regierungskommission «Alpenrhein»

Peter Engler

**Arbeitsgruppe «Swissness» der Schweizer Industrie- und
Handelskammern (SIHK)**

Dr. iur. Marco Ettisberger



Arbeitsgruppe «Investitionshemmnisse» von economiesuisse

Dr. iur. Marco Ettisberger



Infrastrukturkommission von economiesuisse

Dr. iur. Marco Ettisberger

Kantonale Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen

Dr. iur. Marco Ettisberger

Commitato di sorveglianza Interreg Italia-Svizzera

Dr. iur. Marco Ettisberger



Jahresbericht 2010, Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden

Adresse: Haus der Wirtschaft | Hintern Bach 40 | 7000 Chur | Telefon 081 254 38 00 | Fax 081 254 38 09 | www.hkgr.ch

